

**Haushaltsrede für die FDP - Fraktion
vor dem Kreistag am
Donnerstag, den 21. Januar 2021,
in Forst/Baden**

Prof. Dr. med. Jürgen Wacker

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel,
sehr geehrter Bürgermeister Killinger,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
sehr geehrte Zuhörer,

**Harte Arbeit, Keine Gäste
Saure Wochen, Teure Teste!**

JW frei nach J.W. v. Goethe
,Corona-Version‘ des Zauberwortes aus dem Gedicht ,Der Schatzgräber‘

Einführung:

Ursprünglich war Landrat Dr. Christoph Schnaudigel bei der Einbringung des Haushaltes 2021 am 12. November 2020 von einer Beibehaltung der Kreisumlage von 30% ausgegangen. Aufgrund der Ende 2020 vermehrt eingegangenen Schlüsselzuweisungen (FAG-Mittel) **von 6 Mio. Euro** kommunizierte der Landrat zusammen mit dem Kreiskämmerer Ragnar Watteroth diese Entwicklung mit den Fraktionen. Im Rahmen der Sitzung des VA am 14.01.21 in Stutensee einigten sich die Fraktionen zusammen mit der Kreisverwaltung auf eine Senkung der Kreisumlage um 1.5% Punkte auf 28.5%.

Bei gleichbleibender Kreisumlage von 30 % hätte der Kreis 211.8 Mio. Euro eingenommen, was einem Zuwachs von 9 Mio. Euro entsprochen hätte.

Der Landrat weiß um die großen finanziellen Belastungen der 32 Kommunen des Landkreises, die durch die im vergangenen Jahr alles bestimmende Corona – Pandemie entstanden sind und schlug deshalb zur Entlastung der Kommunen die Senkung der Kreisumlage vor.

Bei der heute zu beschließenden Festlegung der Kreisumlage im Rahmen des Haushaltplanes 2021 erhält der Kreis von den Kommunen 203 Mio. Euro, das bedeutet lediglich 2 Mio. Euro weniger als 2020 bei einer Kreisumlage von 30%.

Harte Arbeit:

Natürlich sprechen wir heute nicht nur über die Höhe, bzw. die Senkung der Kreisumlage, sondern auch über die ‚Kärnerarbeit‘ unseres Kämmerers und Kümmerers Ragnar Watteroth, der auch in diesem Jahr mir die Arbeit und Disziplin hinter den Zahlen des vorliegenden Haushaltplanes für 2021 näher brachte. Dafür schon jetzt, lieber Herr Watteroth, vielen Dank!

Im Folgenden habe ich die Eckdaten des Haushaltes 2021 zusammengefasst:

Eckdaten des Haushaltes 2021:

Das Haushaltsvolumen für den vorliegenden Haushalt 2021 liegt bei 556.551 Mio € (Gegenüber 531 Mio € für 2020 (Gesamtvolumen: Ein - und Ausgaben).

Darin eingeschlossen sind Investitionen von 27.2 Mio € (gegenüber 26 Mio € in 2020)

und eine Tilgung von Krediten von 7.3 Mio € gegenüber 7.5 Mio € in 2020.

Die Personalkosten erhöhen sich von 102 Mio. (HH 2020) um 5.72% auf 108 Mio. €

Die Gründe für die Steigerung der Personalaufwendungen im Haushaltsjahr 2021 sind unter anderem der **Besoldungserhöhung im Beamtenbereich (+1.4%), einer angenommenen Tarifierhöhung für die Beschäftigten (+1%)** sowie den sogenannten strukturellen Veränderungen wie Beförderungen, Höhergruppierungen oder Stufensteigerungen geschuldet.

Der VA bewilligte am 2.07.20, da bereits zu diesem Zeitpunkt eine zweite Welle der Corona-Pandemie im Laufe des Jahres 2020 zu erwarten war, 48 Stellen, insbesondere für das Gesundheitsamt zur

Bekämpfung der Corona – Pandemie. Da wir hoffen, dass sich die Auswirkungen der Corona – Pandemie sich mittelfristig abschwächen, wurde ein großer Teil dieser Stellen mit einem KW Vermerk (d.h. künftig Wegfallen) versehen.

Aktuell beschäftigt das Landratsamt Karlsruhe **ca. 2.000**

Mitarbeitern bei ca. 1.650 VK-Stellen. 50 neue Stellen stehen dem Gesundheitsamt zur Bekämpfung der Corona – Pandemie zur Verfügung. Dankenswerterweise unterstützen 35 Angehörige der Bundeswehr die Arbeit der Pandemiebekämpfung. Der Kreis kommt lediglich für Unterbringung und Verpflegung der Soldatinnen und Soldaten auf.

Die **Ausgaben für die Sozialausgaben** sind im vorliegenden Haushalt mit **6 Mio € (251,5 gegenüber 245,2 Mio € geringer angestiegen als z.B. 2019 mit nahezu 10 Mio € von 2018 auf 2019 und zwar von 241 auf 246 Mio.** Natürlich muss beachtet werden, dass es organisatorisch zu einer Umschichtung innerhalb des Sozialrats durch Umschichtung der UMAs und durch höhere Zuwendungen für Unterbringung und Lebenskosten von Hartz IV Empfängern gekommen ist. Aber insgesamt bleiben die Steigerungen im Sozialrat im Rahmen.

Ein Anliegen der FDP – Fraktion bei der Verabschiedung des Kreishaushaltes war und ist es immer, Schulden nicht zu vermehren und die Liquidität zu gewährleisten.

Erfreulich bleibt im vorliegenden Haushaltsentwurf zu vermerken, dass die Schuldenlast trotz Corona – Krise bei dem Stand von 2020, von 78 Mio. €, bleibt, nachdem die Schulden von 2019 auf 2020 von 85.4 auf 77.9 € gesenkt werden konnten!

Also Danke dafür, dass 2021 trotz Corona - Krise keine neuen Schulden aufgenommen wurden!

Erfreulicherweise liegt die **Liquidität des Landkreises mit 43.4 Mio. € deutlich über der Mindestliquidität von 9,5 Mio. €.**

Es hat sich nach Aussagen des Kreiskämmerers Watteroth ausgezahlt, in der Vergangenheit für eine hohe Liquiditätsreserve gesorgt zu haben. Wäre dem nicht so gewesen, hätte die 2019 unvorhersehbare

Corona – Pandemie die Liquiditätsreserve unseres Landkreises gefährden können!

Was bleibt den Städten und Gemeinden unseres Kreises nach Senkung der Kreisumlage im Haushaltsplan 2021?

Nach Rücksprache mit dem Kämmerer **der Stadt Bruchsal** Herrn Steffen Golka zahlt allein die Stadt Bruchsal bei einem **Hebesatz von 28.5% 26.4 Mio. Euro und damit 1.4 Mio.** Euro weniger an den Kreis als bei den letztjährigen Hebesatz von 30 %. Die Kommunen können durch die geringeren Abgaben an den Kreis mehr in eigene Projekte investieren!

Keine Gäste:

Bedingt durch den harten Lockdown im Frühjahr 2020 und den erneuten 2. harten Lockdown im Winter 20/21 kommen weniger Gäste in die Märkte, Geschäfte des Einzelhands, und die Gastronomie der Städte und Gemeinden wartet auf Ausgleichszahlungen aus Berlin und muß sich mit dem Verkauf von Speisen und Getränken über die Theke über Wasser halten. Viele fragen sich, wie lange dieser Zustand noch anhält und viele sehen mit großen Sorgen in eine ungewisse Zukunft. Die Einnahmen durch die Gewerbesteuer werden einbrechen, oder gar wegfallen. Die Folgen für die kommenden Jahre sind noch nicht absehbar.

Hochhaus (Neues Verwaltungsgebäude des Landkreises):

Im Haushaltsentwurf für 2021 sind für den Neubau des Dienstgebäudes in der Beiertheimer Allee **150 Mio. Euro** veranschlagt. Bei der Steigerung des Planungsansatzes muss bedacht werden, dass zu der ursprünglichen Planung neben den schon jetzt vorhandenen Büro – und Tagesräumen eine Kita, eine Kantine und eine weitere Versammlungsfläche hinzugekommen ist. Mehr Fläche bedeutet auch höhere Kosten!

Die FDP-Fraktion hält an dem jetzigen Standort des Verwaltungsgebäudes in der Beiertheimer Allee 2 fest. Wir treten für einen Abriss und Neubau am jetzigen Standort ein.

Saure Wochen:

Kliniken/Gesundheit

In seiner Sitzung vom 14.01.21 empfahl der VA dem Kreistag den an den Standorten Bruchsal und Bretten eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Vorschlag und auf Initiative von Landrat Dr. Christoph Schnaudigel eine einmalige Anerkennungsprämie in Höhe von 1.000 Euro pro Vollzeitäquivalent zu gewähren.

Sehr geehrter Herr Landrat, im Namen des Betriebsrates der Kliniken des Landkreises, unseres Plankrankenhauses Bruchsal-Bretten, darf ich Ihnen für diese Anerkennung herzlich danken. Unser Beifall gilt dafür Ihnen und den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des ganzen Kreistages.

Das laufende Geschäftsjahr 2020 ist, wie in allen Krankenhäusern, stark durch die Corona – Pandemie geprägt. Die Kliniken des Landkreises Karlsruhe waren und sind durch die notwendigen Isolationskapazitäten im laufenden Betrieb sehr eingeschränkt. Aufgrund dieser Ressourcenverknappung wurde ein strukturiertes und zentrales Bettenmanagement eingeführt. Gesteuert wird dies über eine interne Taskforce mit einer konsequenten Betten-Kontingentierung, an der alle Ärztlichen Direktoren der Bettenführenden Abteilungen beteiligt sind. In der jetzigen Corona-Krise zeigt sich die Notwendigkeit einer qualifizierten, lokalen stationären Versorgung wieder einmal auf eindrucksvolle Weise.

Trotz Corona-Pandemie schreiten die Planungen für den 3. Bauabschnitt in der Fürst-Stirum-Klinik mit neuer Operationseinheit, der Intensivstation und den Bettenstationen weiter voran. Die Unterteilung und Ausrichtung dieses Neubaus, der 2025 bezogen werden soll, wurde mit den Nutzern abgestimmt. Dieser Neubau ist für die RKH Fürst-Stirum-Klinik ein zukunftsweisender Meilenstein und macht die gesamte Klinik noch attraktiver.

Im Rahmen eines Investorenmodelles wurde der Bau eines **Parkdecks an der Gutleutstrasse in Bruchsal im Sommer 2019 begonnen und im März 2020 bereits in Betrieb genommen.** Die Einweihungsfeier dieses freundlichen, luftigen und Sonnendurchströmten Parkhauses

war im März 20 geplant, fiel aber dem Ersten Lockdown im Frühjahr zum Opfer. Während des zweiten Lockdown im Dezember 2020 wurde die Ebene 5 des Parkhauses für einen eindrucksvollen, alle AHA-L Regeln einhaltenden, ökumenischen Weihnachtsgottesdienst genutzt. Unter dem Klang der Glocke im Turm des historischen A-Baues der Fürst-Stirum-Klinik wurde dieses Parkhaus in Anwesenheit von 200 Bruchsaler Bürgern im wörtlichem und übertragenen Sinne des Wortes an Weihnachten eingeweiht.

Die FDP – Fraktion befürwortet die folgenden, dem VA am 14.01.21 zur Abstimmung vorgelegten Anträge:

- Antrag der Landesverkehrswacht Baden-Württemberg e.V.
- Antrag des Diakonischen Werkes Karlsruhe-Zentrum für seelische Gesundheit
- Antrag der Diakonie Landkreis Karlsruhe zur Finanzierung des Gruppenangebotes für Kinder psychisch erkrankter und/oder suchtkranker Eltern
- Antrag des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation ‚BESS Kontakt und Anlaufstelle für essgestörte Menschen‘
- Antrag des Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung Karlsruhe e.V.

Auf den Antrag des Universitätsklinikums Heidelberg vom 23.07.2020 auf einmalige **Förderung der Gewaltambulanz** als einmalige Überbrückungshilfe in Höhe von **25.000 €** möchte ich wegen der Bedeutung dieser Einrichtung näher eingehen:

Im November 2011 wurde am Universitätsklinikum Heidelberg, am Institut für Rechts – und Verkehrsmedizin, die erste Gewaltambulanz in Baden-Württemberg eröffnet.

Ziel der Heidelberger Gewaltambulanz ist es, ein niederschwelliges Angebot für von Gewalt betroffene Personen und deren Angehörige im gesamten Raum Nordbadens, bereitzustellen, das rund um die Uhr eine fachgerechte rechtsmedizinische Beweissicherung möglich macht. Die Vorteile für die Betroffenen liegt besonders in der sicheren Identifizierung gefährdeter Personen, vor allem von Kindern, Frauen, betagten Menschen und Menschen mit Einschränkungen, und

ermöglichen gezielte präventiver Maßnahmen zum Schutz vor weiterer Gewalt auch im Hinblick darauf, dass Kinder, die Gewalt erfahren haben, im Erwachsenenleben häufig selbst zu Tätern werden. Die Erfahrungen der Gewaltambulanz Heidelberg aus den letzten Jahren zeigen eindeutig, dass es einen dringenden Bedarf an niederschweligen Angeboten für Gewaltopfer gibt. 2019 wurden in der Gewaltambulanz mehr als 500 Gewaltopfer, darunter zahlreiche weibliche Opfer häuslicher und sexueller Gewalt sowie Opfer von Kindesmißhandlung untersucht.

Erfreulicherweise nimmt die Sensibilität der Bevölkerung hinsichtlich Gewalt zu. Durch die Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch Deutschland im Jahre 2017 wurde anerkannt, dass Gewalt, insbesondere gegen Frauen, ein hoch relevantes gesellschaftspolitisches Thema darstellt. Die deutsche Trauma - Folgen - Kostenstudie (Universität Ulm) beziffert die **als Folge von Kindesmisshandlung und – missbrauch entstehenden Kosten für die Solidargemeinschaft auf 11 Mrd. Euro!**

Die Gewaltambulanz erfüllt die folgenden Anforderungen:

- Jeder Mensch, der Opfer einer Gewalttat wurde, hat das Recht, die Gewaltambulanz aufzusuchen (Tel.: 0152 – 54 64 83 93).
- Die Gewaltambulanz ist 24 Stunden und 365 Tage verfügbar
- Untersuchungen in der Gewaltambulanz erfolgen nach standardisierten Verfahren, die regelmäßig an den neuesten Wissenstand angepasst werden.
- Für die Spurensicherung werden mit den untersuchenden Labors abgestimmte Spurensicherungskits verwendet.
- Die Gewaltambulanz arbeitet mit Kliniken (z.B. Frauenkliniken, Kinderheilkunde, Notfallambulanzen sowie Opferschutzorganisationen zusammen.
- Geplant sind Telemedizinische Konsile zur Unterstützung anderer Kliniken
- Auskunft von Frau Prof. Dr. Kathrin Yen am 18.01.2021: Während des **Ersten Corona bedingten Lockdown im März/April 2020** Deutlich mehr Fälle häuslicher Gewalt an Kindern und Frauen! Im Gegensatz dazu Abnahme von Gewalttaten außer Haus!

- Prävention: Aufklärung in Schulen und Vereinen: Nie allein zu einer Party gehen! Nie ein mit einem Getränk gefülltes Glas unbeobachtet lassen! Bei Übelkeit, Bewußtseinsverlust die/den Betroffenen zeitnah einer Notfallambulanz/Gewaltambulanz vorstellen!
- Achtsamkeit füreinander von großer Bedeutung!

Die FDP – Fraktion unterstützt darüber hinaus die folgenden Projekte:

- Die Neubauten für **Straßenbaumeistereien** in Bruchsal und Ettlingen mit 950 T. und 800 T. Euro
- Das Modell des Landkreises unter Beteiligung von 12 Gemeinden zur **Prävention von Obdachlosigkeit** und der Schaffung von Möglichkeiten für eine Unterbringung über Winter! Eventuell könnten dazu leerstehende Flüchtlingsunterkünfte mitgenutzt werden! Aktuell sind im Landkreis Karlsruhe **800 Obdachlose** gemeldet!
- Eine auskömmliche Unterstützung der **Bequa**
- **ÖPNV:** Weitere Verbesserungen, u.a. durch Nutzung still gelegter Gleise sind notwendig. Schade, dass durch die Corona-Pandemie der stetige Anstieg der Fahrgäste jäh unterbrochen wurde! Die FDP Fraktion sieht in der Weiterentwicklung des ÖPNV eine große Chance, die Menschen unserer Region mobiler zu machen, ohne die Umwelt stärker zu belasten. Wir setzen für die Reaktivierung bereits stillgelegter Bahntrassen wie z.B. die Linie S 2 ein. Außerdem halten wir den ‚on demand Bus-Verkehr‘ für eine Alternative, um abgelegene Gemeinden an die S-Bahn Haltestellen anzubinden. Zu hoffen bleibt, dass die Leistungen der Verkehrsträger kundenfreundlicher hinsichtlich Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit werden.
- **Mobilität:** mehrgleisig fahren! In der Stadt eher E-Mobil, auf dem Land eher Verbrennungsmotor; Bei **Bussen des ÖPNV** auch Wasserstoffbetrieb einbeziehen!
- Einrichtung **eines Hospizes in Bruchsal**

Die FDP – Fraktion dankt:

- Dank an die Mitarbeiter der Pflegestützpunkte für die gute Beratung der pflegenden Angehörigen
- Dank an die Mitarbeiter der Abfallbetriebe des Landkreises unter Leitung von Herrn Bartl. Seit Einführung ist die Bio-Sammlung gut angenommen worden. Von 135.000 Haushalten haben 70.000 Haushalte das Bringsystem gewählt. Von den einkalkulierten 20.000 Bio-Tonnen wurden von den Einwohnern bereits 19.000 angefordert. Eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern wollen die gewohnte Selbstkompostierung beibehalten.
- Dank an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Kliniken des Landkreises!
- Dank an Dr. Friebel, Herrn Knut Bühler und allen Mitarbeitern des Gesundheitsamtes für die vorbildliche Arbeit bei der Bewältigung der Corona – Krise:

Teure Teste:

Am 31.01.2020 erschien in der amerikanischen Zeitschrift New England Journal of Medicine (NEJM) ein Artikel einer deutschen Arbeitsgruppe aus München über den ersten Nachweis einer Ansteckung durch COVID-19 durch eine asymptomatische Chinesin im Kasino einer Zulieferer –Firma von BMW.

Seither hat die Corona –Pandemie Deutschland und die Welt verändert. Viele verfolgten 2020 die Entwicklung der Corona – Pandemie in den entsprechenden Medien.

Aktuell (Stand: 19.01.21) liegt die 7-Tage Inzidenz im Landkreis Karlsruhe bei 101.5 (-10.7) und die Anzahl der Todesfälle bei 315 (+4). Angestrebt wird weiterhin eine 7-Tage – Inzidenz von weniger als 50/100.000!

Erfreulicherweise stehen in steigender Anzahl unterschiedliche, teils teure Testverfahren zur Verfügung.

Bereits erhalten einige Bewohner von Seniorenheimen die zweite Impfung gegen COVID-19. Trotz dieser rasanten Entwicklung

berichten die Medien über einen großen ‚Impf-Frust, weil nicht alle gleichzeitig geimpft werden können. Objektiv gesehen, ist die rasche Entwicklung und Testung des Neuen mRNA – Impfstoffes gegen COVID-19 eine wissenschaftliche Meisterleistung, die mit großer Anerkennung und Dankbarkeit gewürdigt werden muss!

Die Aufgabe der Politiker in Berlin und Stuttgart, aber auch in der Kommunalpolitik, besteht darin, besonnen den Bürgern die Entscheidungen bei der Priorisierung der Impfkandidaten zu erklären.

Die gute Nachricht vorab: Jeder, der will, kann in Deutschland nach Aussagen der Verantwortlichen in diesem Jahr geimpft werden! Es gibt keinen Grund an dieser Aussage zu zweifeln!

Es wurde von der Ständigen Impfkommission (Stiko) entschieden, zunächst die betagten Bürger, die älter als 80 Jahre alt sind, zu impfen. Diese Entscheidung wurde angeordnet, und wir müssen sie umsetzen. Diese Entscheidung wurde getroffen, bevor die **neue Corona-Mutation B 1.1.7 in Großbritannien** auftrat. Irland, das vor Weihnachten 2020 glaubte, die zweite Welle der Corona – Pandemie durch einen strengen Lockdown überstanden zu haben (Inzidenz bei 41/100.000), meldet **jetzt Inzidenzen von 926/100.000 Einwohnern**, Spitzenwert in Europa!

Prof. Christian Drosten weist aktuell daraufhin, dass, im Gegensatz zu dem bisher bekannten COVID-19 Erreger, **durch die neue ‚Kent-Mutante‘ insbesondere Kinder und Schüler betroffen seien!** Nach meiner Einschätzung und Erfahrung ist dies ein Grund, die bisher geltende Impfstrategie und Impf - Priorisierung zu überdenken.

Sollten wir im Wissen um diese neu in der Corona – Pandemie aufgetretene Entwicklung nicht eher Junge statt Alte und eher Schüler und Lehrer an Stelle von Rentnern IMPFEN?

Natürlich dauert die Entscheidungsfindung in Berlin und Stuttgart lange. Es ist unklar, wie lange wir auf eine Neu-Orientierung warten können. Aber vielleicht finden sich bis zur Entscheidungsfindung in Berlin aufgeklärte Senioren, die bereit sind, ihren Enkelkindern beim Impfen den Vortritt zu lassen. Die Impfung wird bald allen zur

Verfügung stehen, aber geimpfte Schüler und Lehrer brauchen wir jetzt, damit die Schulen möglichst bald wieder geöffnet werden können.

**Es werden Impf – Paten für Schüler und Lehrer gesucht.
Es werden Impfpaten für eine
Wiedereröffnung der Schulen gesucht!**

Umgang mit den Folgen der Corona Pandemie:

Aufgrund der letzten Zahlen an neu Infizierten und an mit/oder an COVID-19 verstorbenen Menschen vereinbarte die Berliner Runde aus Kanzlerin und sämtlichen Ministerpräsidenten am Dienstag, den 19.01.2021, eine Fortsetzung des ‚harten‘ Lockdown. Diese Maßnahme ist sicherlich angesichts der vom RKI gemeldeten Zahlen von Infizierten (ca. 20.000/Tag) und Toten (1150 am 19.01.21) gerechtfertigt.

Alle Planungen hinsichtlich der nächsten Jahre – über 2021 hinaus – bergen große Fehleinschätzungen in sich. Krisen bedeuten auch Chancen für aufgeklärte und vernünftige Menschen.

**Es gilt für Alle:
Umdenken statt Querdenken und
Demut und Disziplin an Stelle von Demagogie!**

In seinem 2020 in deutscher Sprache erschienen Buch: ‚Mehr aus weniger‘ schreibt der US - amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Andrew McAfee in dem Kapitel 15 ‚Wie wir Gutes tun können‘ über den aufgeklärten Bürger:

‚... dieses Bewusstsein der **zweiten Aufklärung** ist zu wichtig, um es Stammesdenken, kognitiven Verzerrungen, überholten Theorien und abergläubischen Vorstellungen, unvernünftigen Ängsten und den eigennützigem Desinformationskampagnen diverser Akteure zu überlassen!

Vorschläge der FDP Fraktion:

- 1. Koordination zwischen Kreis und Kommunen bei der Unterbringung von Obdachlosen im Rahmen des Pilotprojektes zur Prävention der Obdachlosigkeit**
- 2. Abbau von bürokratischen Einschränkungen bei der Gewinnung von neuen Wohnungen und beim Wohnungs – und Hausbau**
- 3. Verbesserungen der Leistungen im ÖPNV**
- 4. Entwicklung eines abgestimmten Verkehrskonzeptes**
- 5. Ausbau der Digitalisierung in den Kommunen, in den Schulen und in der Kreisverwaltung (Melde App für COVID-19 Infektionen des Gesundheitsamtes, Tools: Bürgermeisterforum, Sozialforum etc.**

Votum der FDP – Fraktion:

Um eine noch höhere Neuverschuldung der Kommunen zu vermeiden, die **Folgen der Corona – Pandemie zu mildern** und um eventuell noch bestehende Schulden der Städte und Gemeinden abzubauen, schlägt die FDP – Fraktion vor:

Die Kreisumlage auf 28.5 % zu senken!

Ob es dabei auch künftig bleiben kann, wird die zukünftige Entwicklung zeigen!

Zustimmung zum HH-Entwurf des Landrates und zu den vorliegenden Anträgen, die im VA am 16.01.20 verabschiedet wurden, – sofern es in der Sitzung nicht andere Entwicklungen geben sollte.

Abschließend gilt unser Dank für die geleistete Arbeit an den Landrat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und aller Bereiche des Landkreises insbesondere an diejenigen, die sich nach Kräften bemühen, die Folgen der Corona – Pandemie in den Griff zu bekommen.

Bei der Verabschiedung dieses Haushaltes muss bedacht werden, dass in den nächsten Jahren die Folgen der Corona – Pandemie zu einer Abnahme der Steuereinnahmen und damit zu einer schwierigeren wirtschaftliche Entwicklung führen werden.

Ich wünsche Ihnen allen Gesundheit, Besonnenheit und Zufriedenheit!

Möge Goethes Zauberwort, das er dem Schatzgräber mit auf den Weg gab, auch für Sie, nach überwindener Corona – Pandemie, bald Wirklichkeit werden:

**„Tages Arbeit, Abends Gäste!
Saure Wochen, frohe Feste!“**

Forst, den 21.01.2021

Prof. Dr. med. Jürgen Wacker